Maßn	ahmenpaket 1: Ausbau und Förderung von ÖPNV	
Besch	reibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:	
Der Ö	PNV ist das Rückgrat des Ravensburger Personennahverkehrs. Der Ausbau des ÖPNV-Angebots (Bus, BOB) in der	1
	iten Stadt und Region ermöglicht es den Fahrgästen in zunehmenden Maße, auf die Nutzung des Autos zu verzichten.	
Dauer	themen sind hier außerdem Information, Service, Zuverlässigkeit und Tarife.	
Beispi	ele	in Umsetzung
1.1.	Schnellst mögliche Umsetzung der Elektrifizierung der Südbahn.	ja
1.2.	Modernisierung und Ausbau der schadstoffarmen Bus-Flotte bei Neuausschreibungen (regelmäßiger Ersatz und	Í
	Neubeschaffung von Bussen mit abgasärmster Technik).	
1.3.	Zuschüsse für die städtischen Mitarbeiter für ÖPNV-Jahreskarten.	ja
1.4.	Verbesserung des Zugmaterials der BOB.	Í
1.5.	Verbesserung der Anschlüsse mit der BOB.	
1.6.	Mindestanforderungen an die Umweltstandards der eingesetzten Linienbusse im ÖPNV (Bei der Vergabe von Linien	
	an Busbetreiber fordern die hierfür zuständigen Stellen einen Abgasstandard). In der Innenstadt dürfen nur die	
	schadstoffärmsten Busse fahren.	
1.7.	Überprüfung und Änderung der Nahverkehrspläne bei Neuausschreibungen mit dem Ziel Anreize zum Umstieg auf	
	den ÖPNV zu schaffen.	
1.8.	Optimierung der Taktzeiten des ÖPNV.	
1.9.	Ausbau und Modernisierung des Stadtbusnetzes und besserer Anschluss von Wohngebieten und Ortsteilen (z.B.	
	Bavendorf).	
1.10.	Ausbau und Modernisierung des bodo (Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund).	
1.11.	Verlässlicher Taktverkehr für alle 5 Linien des Stadtbusses Ravensburg – Weingarten auf stets gleichbleibenden	
	Strecken.	
1.12.	Weitere barrierefreie Haltestellen.	ja
1.13.	Steigerung der Attraktivität der Haltestellen und des Bahnhofgebiets durch bauliche Veränderungen.	
1.14.	Fahrscheinautomaten an den Haltestellen und in den Bussen.	
1.15.	Überarbeitung des Bustarif-Systems – z.B. Kurzstreckenticket.	
1.16.	Anpassung der Verkehrsinfrastruktur zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV (z.B. Einrichtung und Ausbau	ja
	gesonderter Busspuren. Ausstattung der Lichtsignalanlagen mit einer Vorrangschaltung für Busse).	
1.17.	Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit zur Neukundengewinnung z.B. Abgabe von Infopaketen/Mobilitätssets an	
	Haushalte, Neuzugezogene, neue Arbeitnehmer usw. (Fahrpläne, Karten, generelle Informationen, Gutscheine),	
	Plakatwerbung, kostenlose Samstagtickets, kostenlose Tickets für Familien und zur Oberschwabenschau.	
1.18.	Gemeinsame Aktion Stadtmarketing und Handel der Städte Ravensburg und Weingarten zur finanziellen und ideellen	
	Unterstützung des Stadtbus-Konzepts.	
1.19.	Vergünstigungen beim Fahrkartenkauf für Mitarbeiter von Stadtverwaltung, Firmen, Handel usw. (z. B. gemeinsame	
	Aktion mit Wirtschaft und Handel).	
1.20.	Plakataktionen, Verlosung von bodo-Karten usw.	

Maßn	ahmenpaket 2: Förderung des Radverkehrs	
Beschi	eibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:	
Radku störung verhält	adt Ravensburg ist Mitglied in der "Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen" (AGFK-BW) und seit 2017 turkommune. Stetig wird die Infrastruktur für den Radverkehr in Ravensburg weiterentwickelt. Durch ein weitgehend gsfreies und zügiges Fahren auch über längere Distanzen wird Radfahren attraktiv gemacht und mit einem nismäßig geringem Aufwand eine weitere Steigerung des Radverkehrsanteils im Modal-Split erzielt. Fahrten mit dem önnen ersetzt und vermieden werden.	
Beispie	ele	in Umsetzung
2.1.	Anschaffung von weiteren Dienstfahrrädern, E-Bikes, Pedelecs und E-Roller für die Nutzung durch die städtischen Mitarbeiter.	ja
2.2.	Weiterer Ausbau des Radwegenetzes und von überdurchschnittlich guten Querungsmöglichkeiten.	ja
2.3.	Schaffung von weiteren Anreizen für die städtische Mitarbeiter mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen (z.B. Einbau von Duschmöglichkeiten in die öffentliche Gebäude).	ja
2.4.	Analyse und Abbau von Lücken im Radwegenetz.	ja
2.5.	Analyse und Reduktion von potenziellen Gefahrenquellen (z. B. im Rahmen von jährlichen "Verkehrsgesprächen" mit Polizei und Verkehrsbehörden).	ja
2.6.	Optimierung und Vernetzung der vorhandenen Radwege (z. B. Bordsteinabsenkungen, Ausbesserung von schadhaften Radwegebelägen, Beschilderung mit Angaben von Zielen und Zeitbedarf).	ja
2.7.	Optimierung der Anbindung an das überörtliche Radwegenetze.	ja
2.8.	Städtisches Förderprogramm zu E-Bikes und Pedelecs.	
2.9.	Forcierung des Auf- bzw. Ausbau eines E-Fahrradverleihs und dafür erforderlichen Solarstrom-Tankstellen.	
2.10.	Anlegen und Erweiterung von Fahrradabstellanlagen an den städtischen Schulen.	
2.11.	VeloCity - Auf- und Ausbau eines öffentlichen Pedelec-Verleihs mit Stationen im gesamten Stadtgebiet (z. B. Vernetzung der Hochschulstandorte mit E-Bikes usw.).	ja

Maßna	ahmenpaket 3: Intermodale Angebote und Mobilitätsmanagement	
	eibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:	1
	zte und flexiblere Mobilitätsangebote steigern die Attraktivität alternativer Verkehrsmittel, denn diese Angebote	1
	ern den Wechsel zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln. Neben den infrastrukturellen Voraussetzungen wie	
	gestalteten Umsteigepunkten gehören dazu im Wesentlichen eine gute und umfassende Information sowie ein	
	rtes Tarifsystem. Im Rahmen des Mobilitätsmanagement werden die Verkehrsteilnehmer über die verschiedenen	
	itsoptionen informiert und ihr Bewusstsein für eine umweltfreundliche Verkehrsmittelwahl wird geschärft.	
Beispie	le	in Umsetzung
3.1.	Ausweisung von attraktiven Carsharing- und E-Mobilitätsplätzen in der Kernstadt.	
3.2.	Schaffen von Bike & Ride-Plätzen.	
3.3.	Schaffung von weiteren Anreizen für die städtischen Mitarbeiter Fahrgemeinschaften zu bilden.	
3.4.	Business-Carsharing.	
3.5.	Bewirtschaftung der Parkplätze bei den kommunalen Gebäuden und Anlagen.	ja
3.6.	Reduzierung der Parkmöglichkeiten auf ein Minimum in der Altstadt z. B. Gespinstmarkt.	ja
3.7.	Verkehrswirksame Parkplatzpreise.	
3.8.	Bau weiterer P+R-Plätze am Stadtrand an allen größeren Einfahrtsstraßen mit regelmäßiger Anbindung durch ÖPNV	ja
	in die Innenstadt.	
3.9.	24-Stunden-Öffnung aller öffentlichen Parkhäuser.	ja
3.10.	Optimierung des bestehenden Parkleitsystems mit dynamischen und statischen Wegweisungen zur Vermeidung von	ja
	unnötigen Suchverkehren.	
3.11.	Mitnahmemöglichkeit in Bus und Bahn von Fahrrädern.	
3.12.	Anlegen, Optimierung und Ausbau von Fahrrad-Abstellanlagen (z. B. Überdachungen, abschließbare Fahrrad-Boxen) an Verkehrsknotenpunkten. Bau eines Fahrradtowers (z. B. am Bahnhof mit Ladestation für E-Bikes und Pedelecs).	ja
3.13.	Gemeinsame Aktionen mit Handel und Firmen (z.B. Bau weiterer Abstellanlagen, Nutzung von Fahrrädern durch Mitarbeiter und Kunden).	
3.14.	Weitere Verbesserung der Umstiegsbeziehungen Stadtbus, Regionalbus und Schiene.	
3.15.	Verbesserung der Vernetzung der Linien von Stadt- und Überlandbusse mit- und untereinander (z. B.	
	Fahrgastbefragung zu Buslinienführung in der Innenstadt, Fahrplanwünsche in den Ortschaften oder Umfrage bei	
	Beschäftigten im Einzelhandel).	
3.16.	Ausbau und Förderung von Car-Sharing an Verkehrsknotenpunkten.	
3.17.	Förderung von Kombi-Angeboten wie: Car-Sharing, Taxi, Mietwagen, Mitfahrzentrale, Nachttaxi.	
3.18.	Ausbau der Mobilitätsberatung an zentraler Stelle für den ÖPNV.	

	nahmenpaket 4: Verkehrslenkung und -verflüssigung	
Besch	reibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:	
Die Si	gnalanlagen der Hauptverkehrsstraßen sind bereits optimiert und werden überwiegend verkehrsabhängig gesteuert. Die	
	rung wird im Rahmen der Qualitätskontrolle laufend überprüft und an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.	
	und des erreichten Standards ist das Potential für Verbesserungen des Verkehrsflusses und damit auch für eine	
	zierung der Schadstoffemissionen begrenzt. Ein neues Maßnahmenfeld könnte das Thema innovative Lieferkonzepte	
	ellen. Auch der Bau des Molldiete-Tunnels würde zu einer erheblichen Minderung der Emissionen in der Ravensburger	
	dt führen.	
		in Hannaton
Beispi		in Umsetzung
4.1.	Bau des Molldiete-Tunnels. Zügige Verkehrsführung in Ost-West-Richtung durch Bau der Umgehungsstraße B 32	
	(Molldiete-Tunnel, Umfahrung Knollengraben).	
4.2.	Verflüssigung des Verkehrs in Nord/Süd-Richtung und in Ost/West-Richtung durch Optimierung der	ja
	Ampelschaltungen.	
4.3.	Verkehrsplanung (Verkehrskonzept) mit dem Ziel einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, die konkrete	
l	Aussagen und Strategien zur Reduktion von motorisiertem Individualverkehr, Förderung von Fuß- und Radwegen,	
	Förderung/Ausbau des ÖPNV usw. enthält.	
4.4.	Optimierung der Routen für die städtischen Fahrzeuge.	ja
4.5.	Optimierung des Verkehrsleitrechners.	ja
4.6.	Verkehrsabhängige Steuerung/Einrichtung und Optimierung der "Grünen Welle" z. B. bei größeren	
	Stauerscheinungen werden Grünphasen verlängert, vorgezogen oder zusätzlich geschaltet; bei geringem	
	Verkehrsaufkommen erhält der Fahrzeuglenker, der zuerst eine Ampel erreicht "grün" (sog. "Alles-Rot-Sofort-Grün-	
	Schaltungen"); selten benötigte Phasen wie z. B. für seltene Linksabbieger werden nur dann geschaltet, wenn diese	
	angefordert werden, unnötige Wartezeiten in den Hauptrichtungen entfallen. (Erhöhte Abgasemissionen aus "stop and	
	go Verkehr" und die Aufwirbelung von Feinstaub werden durch die Verkehrsverstetigung reduziert).	
4.7.	Dauerhafte und/oder temporäre Abschaltung von Lichtzeichenanlagen im Stadtgebiet (z. B. Sonn- und feiertags	ja
	sowie in den Nachtstunden).	
4.8.	Umrüstung von Fußgänger-Lichtzeichenanlagen (LZA) auf Anforderungsschaltung.	ja
4.9.	Bau von weiteren Kreisverkehren zur Verkehrsverflüssigung.	ja
4.10.	Optimierung der Routen und Zeiten für Abfalleinsammlung und Straßenreinigung in der Innenstadt (Ziel:	•
	Verkehrsverflüssigung in Verkehrsspitzenzeiten ohne Behinderung des Berufsverkehrs durch Sonderfahrzeuge).	
4.11.	Verbesserung der Baustellen-Logistik durch spezielle Koordination, Auflagen und Kontrollen (Baustellen verursachen	
	sowohl durch unmittelbare Eingriffe in den Straßenverkehr als auch durch die Fahrbewegungen der	
	Baustellenfahrzeuge Störungen des Verkehrsflusses und zusätzliche Schadstoffemissionen). Für Genehmigungen zur	
	Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen im Rahmen von Baumaßnahmen prüft die Stadt bei geeigneten	
	Großvorhaben, ob weitere Luftschadstoff mindernde Auflagen erteilt werden müssen. Diese können sich auf	
	räumliche oder zeitliche Komponenten der Baustelleneinrichtung sowie ihres Auf- und Abbaus, Zeiten und	
	ladungssichernde Auflagen für Anlieferung und Abfuhr, insbesondere von staubenden Gütern, und Verlegung von	
	besonders emittierenden Arbeiten auf weniger belastete Zeiten beziehen.	
4.12.	Erarbeitung und Umsetzung eines City-Logistik-Konzepts.	
4.13.	Bei der generellen Führung der Busse über den Bahnhof Ravensburg könnte der Marienplatz bereits im	ja
+.13.	Normalbetrieb um ein Drittel der Busse entlastet werden. Bei Totalsperrungen wegen diverser Events kann der	ja
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
	Marienplatz so umfahren werden, dass die Anschlüsse an andere Busse und die Vertaktung nicht durcheinander	
4 4 4	geraten.	:-
4.14.	Erarbeitung eines gemeinsamen Verkehrsentwicklungsplans.	ja

Maßna	ahmenpaket 5: Elektromobilität und andere schadstoffarme Antriebsformen	
	eibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:	
welche	mobilität nimmt beim Umbau der Verkehrsinfrastruktur zunehmend eine Schlüsselrolle ein. Neben der Frage, in m Umfang sich in den nächsten Jahren Elektrofahrzeuge durchsetzen werden und welchen Beitrag sie demnach zur serung der Luftqualität in den Städten in den nächsten Jahren leisten, ist die von der Elektromobilität grundsätzlich	
Die Sch niedrige	nende Weichenstellung beim Beitrag zur Lösung lokaler Umweltprobleme und zum Klimaschutz von Bedeutung.  hadstoffemissionen eines Erdgasfahrzeugs liegen erheblich unter denen eines Dieselfahrzeugs, aber auch noch er als beim Benzin-Pkw. Im Vergleich zum Diesel-Pkw sind die Partikelemissionen um nahezu 100% und die NOx- onen um ca. 80 % reduziert. Im Vergleich zum Benzin-Pkw liegen die NOx-Emissionen um ca. 20 % niedriger.	
Beispie		in Umsetzung
5.1.	Bau von Ladestationen für E-Fahrzeuge bei den städtischen Gebäuden	ja
5.2.	Überprüfung der Fahrzeuge der Verwaltung und Eigenbetriebe und Einführung von zukunftsweisenden, schadstoffarmen Mobilitätsmodellen.	ja
5.3.	Anschaffung von E-Fahrzeugen für die Nutzung durch die städtischen Mitarbeiter.	
5.4.	Schaffung von Abstellanlagen und Parkplätzen für Dienstfahrräder, Pedelecs und E-Fahrzeugen bei allen städtischen Gebäuden.	ja
5.5.	Bestandsaufnahme sowie Verbrauchsmessungen der Fahrzeuge und Auswertung.	
5.6.	Neubeschaffung von Fahrzeugen und Maschinen nur mit schadstoffärmster Technik und deren überwiegender Einsatz in der Innenstadt.	
5.7.	Schulung des städtischen Personals hinsichtlich einer umweltfreundlichen Fahrweise. (Neben dem betriebswirtschaftlichen Nutzen einer verbrauchs- und nutzungsarmen Fahrweise wird auch eine Luftqualitätsverbesserung und Lärmminderung erreicht).	
5.8.	Umweltkriterien in Leistungsbeschreibungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll in der Leistungsbeschreibung die Verwendung von schadstoffarmen Maschinen und Kraftfahrzeugen gefordert werden).	
5.9.	Informationskampagne zu effizienten Fahrzeugen und Fahrverhalten.	
5.10.	Im Rahmen der Einweisung und regelmäßigen Fortbildung des Fahrpersonals des ÖPNV Schulungen mit dem	
	Schwerpunkt auf eine wirtschaftliche und somit umweltfreundliche Fahrweise.	
5.11.	Ecodrive Kurse für alle, Einsatz eines Fahrsimulators.	
5.12.	Städtisches Förderprogramm zu E-Mobilität.	
5.13.	E-Ladestationen in allen städtischen Parkhäusern.	ja
5.14.	Frei zugängliche E-Ladestationen im gesamten Stadtgebiet.	

6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes. 6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
Prinzipiell soll durch eine nachhaltige Stadtentwicklung Verkehr vermieden oder zumindest sollen die Zuwächse begrenzt werden. Durch die stadtverträgliche Gestaltung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs sollen die Umweltbelastungen durch den Verkehr reduziert werden. Das Fußwegenetz wird optimiert und ausgebaut. Die Durchlüftungssituation des Stadtgebietes soll durch bauliche Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Das Ziel: Ein lebenswertes Stadtklima.  Beispiele  6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.  6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
werden. Durch die stadtverträgliche Gestaltung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs sollen die Umweltbelastungen durch den Verkehr reduziert werden. Das Fußwegenetz wird optimiert und ausgebaut. Die Durchlüftungssituation des Stadtgebietes soll durch bauliche Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Das Ziel: Ein lebenswertes Stadtklima.  Beispiele  in Un  6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.  6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
Umweltbelastungen durch den Verkehr reduziert werden. Das Fußwegenetz wird optimiert und ausgebaut. Die Durchlüftungssituation des Stadtgebietes soll durch bauliche Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Das Ziel: Ein lebenswertes Stadtklima.  Beispiele  in Un  6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.  6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
Durchlüftungssituation des Stadtgebietes soll durch bauliche Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Das Ziel: Ein lebenswertes Stadtklima.  Beispiele  6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.  6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
lebenswertes Stadtklima.  Beispiele  in Un  6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.  6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
Beispiele in Un  6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.  6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	
<ul><li>6.1. Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes.</li><li>6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.</li></ul>	
6.2. Reduzierung von Verkehrsflächen zu Gunsten des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs.	nsetzung
, ,	ja
10.0 Waitarbin wilt bai day Ctadtantivialdung dan Dringin Ildringan van dravit and I. Davanaburg IICtadt day kurgan Wagall	
6.3. Weiterhin gilt bei der Stadtentwicklung das Prinzip "drinnen vor draußen" – Ravensburg "Stadt der kurzen Wege".	ja
6.4. Verbindliche Standards in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen (Bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und	ja
Bebauungsplänen wird eine über die Prüfung von Immissionsgrenzwerten und -richtwerten hinausgehende	
Festlegung weiterer Standards fallweise geprüft. Dabei werden insbesondere Festsetzungsmöglichkeiten nach § 9	
BauGB und die Nutzung vertraglicher Vereinbarungen nach den §§ 11 und 12 BauGB geprüft (z. B.	
Gebäudeausrichtung, die eine gute Besonnung gewährleistet für eine optimale Nutzung solarer Energiesysteme,	
energiesparende Bauweisen zu Reduktion des Hausbrands). Alle Planvorhaben werden auf ihre	
Immissionsvorbelastung beurteilt und soweit wie möglich optimiert.	
6.5. Die Zielsetzungen des Energieleitbildes sowie der Energie- und Verkehrsplanung finden in das räumliche	
Entwicklungskonzept der Stadt Eingang und sind im Flächennutzungsplan verankert. Z. B. Nachverdichtung des	
Siedlungsgebietes, Vorzugsgebiete für erneuerbare Energieträger, attraktive Fuß- und Radwegeverbindungen.	
6.6. Die Baubewilligungs- und Kontrollverfahren werden für flankierende Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen	
genutzt. Z. B. Abgabe einer Bauherrenmappe mit Empfehlungen zum emissionsarmen Bauen.	
6.7. Sicherung noch freier unbebauter Flächen im Siedlungsraum durch Grunderwerb, Flächentausch und Baurecht.	
6.8. Vernetzung vorhandener Grünräume und Grünstrukturen.	
6.9. Ausbau und Steigerung der Attraktivität von Naherholungsgebieten. Verbesserung der Verbindungen aus der Stadt in	
die freie Landschaft (z.B. Veitsburghang, Rahlenpark).	
6.10. Ausweitung der Fußgängerzone.	
<b>6.11.</b> Gestaltung des öffentlichen Raumes, Umgestaltung des Gespinstmarkts und Verkehrskonzept Altstadt.	ja
6.12. Attraktive und sichere Gestaltung von Fuß- und Radwegen sowie Plätzen in der Innenstadt.	ja
6.13. Aufwertung des öffentlichen Raumes und des Straßenraumes durch Begrünung von Straßen (Alleen usw.),	ja
Aufstellung von Bänken und auf die Zielgruppen abgestimmte Beleuchtung (Attraktivierung von Fuß- und	-
Radverkehr).	
<b>6.14.</b> Fußwegenetz: Analyse/Reduktion von potenziellen Gefahrenstellen im Bereich der Fußwege.	ja
6.15. Weiterer Ausbau und Optimierung des Fußwegenetzes und Querungshilfen. (Beschilderung mit Angaben von Zielen	-
und Zeitbedarf).	
6.16. Maßnahmen zur Schulwegsicherung.	
6.17. Fußgängerkarten.	

Maßn	nahmenpaket 7: Energieversorgung und Klimakonzept	
Besch	reibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:	
Hoher und be Schwe Energ	Energieverbrauch und vor allem die Verwendung fossiler Energieträger führen zu verschiedenen Umweltproblemen elasten auch die lokale lufthygienische Vorort-Situation. Auch Kommunen können im Rahmen ihrer politischen erpunktsetzungen und Handlungsoptionen an der Lösung dieser Umweltprobleme direkt mitwirken. Ziele: Der iebedarf zur Beheizung vorhandener und neuer Gebäude zu reduzieren. Langfristig den Einsatz fossiler Energieträger chst durch regenerative Energieträger zu substituieren.	
Beispi	ele	in Umsetzung
7.1.	Nahwärmeversorgung von Quartieren - vorrangig in der Altstadt.	ja
7.2.	Genehmigung von Anlagen (Bei Neu- und Änderungsgenehmigungen von immissionsschutzrechtlichen genehmigungspflichtigen Anlagen wird von der zuständigen Behörde in jedem Einzelfall geprüft, ob über den Stand der Technik hinausgehende Maßnahmen eingefordert werden können).	,,
7.3.	Beim Verkauf von kommunalen Flächen werden energierelevante Bestimmungen in die privatrechtlichen Verträge mit aufgenommen. Z. B. Niedrigenergiehausstandard, Passivhausstandard, erneuerbare Energieversorgung (Sonnenkollektoren, PV usw.), Nahwärmeanschluss, Feuerungsverbot.	
7.4.	Wärmeerzeugung: Fest definierte Ziele für alle städtischen Gebäude bzgl. Reduktion der Emissionen (z. B. durch geeignete Filtersysteme), Steigerung der erneuerbaren Energie.	
7.5.	Deckung des Wärmebedarfs der kommunalen Bauten aus erneuerbaren Energiequellen: Solar, Umweltwärme, Geothermie etc.	ja
7.6.	Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Elektrizitätsverbrauch der Stadtobjekte: Wind, Photovoltaik, Kleinwasserkraft, auch Einkauf von Ökostrom etc.	ja
7.7.	Bewirtschaftung und Erschließung von Versorgungsgebieten gemäß kommunaler Lufthygieneplanung, lufthygieneplanerisch sinnvolle Prioritätensetzung zugunsten der emissionsarmer Energien (Elektrizität und Wärme) bei der Abwägung zwischen: Ausbau/Rückbau/Verdichtung von Versorgungsnetzen, Erhöhung Anteil emissionsarmer Energien durch Nah- und Fernwärmeversorgungen und in Einzelanlagen.	
7.8.	Angebot an Dienstleistungen durch Stadtwerke im Bereich Energieeffizienz und Förderung emissionsarmer Energieträger. Z. B. Angebot von Anlagen- oder Einsparcontracting, Förderprogramm zu emissionsarme Energien.	ja
7.9.	Geeignete Kundeninformationen zum Energieverbrauch und der damit verbundenen Lufthygiene auf der Rechnung oder als Beilage zur Rechnung, mit dem Ziel der Sensibilisierung der Kundschaft zum Energiesparen und zur schadstoffarmen Wärmeproduktion.	
7.10.	Tarifstruktur (Elektrizität, Gas, Fernwärme) fördert energiesparendes und schadstoffarmes Verhalten z. B. verbrauchsabhängige Abrechnung, lineare Tarife für alle Verbrauchsgruppen.	ja
7.11.	Abwärmenutzung aus größeren Industriebetrieben.	
7.12.	Wärme aus erneuerbaren Energiequellen, Ausnutzung des Potentials von emissionsarmen Energiequellen für Raumwärme und Warmwasser: emissionsarme Energieträger sind Sonne, Erdwärme, Oberflächenwasser, Umgebungswärme.	
7.13.	Ausnutzung des wärmegeführten KWK-Potentials.	

Maßnahmenpaket 8: Verkehrsbeschränkungen und -verbote		
Beschreibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:		
Verkehrsbeschränkungen und Fahrverbote für spezielle Fahrzeuggruppen können zu deutlichen Minderungen der Emissionen		
führen.	Auch der selektive Ausschluss hochemittierender Kraftfahrzeuge kann eine überproportionale Emissionsminderung	
bewirk	en. Selektive Fahrverbote gehen von der Tatsache aus, dass es innerhalb der Fahrzeugmodelle große Unterschiede in	
der spezifischen Emission gibt, abhängig von Motor- und Abgasreinigungskonzept sowie der Fahrzeug- und Motorgröße.		
Beispie	ele	in Umsetzung
8.1.	Verstärkte Kontrollen durch Ordnungsbehörde und Polizei (Verkehrsbeschränkungen, Verstöße gegen die	
	Verkehrsvorschriften, wie "Gehwegparken", Parken "in zweiter Reihe" und unnötiger Motorbetrieb im Stand, intensive	
	Geschwindigkeitsüberwachung durch ortsfeste und mobile Einrichtungen).	
8.2.	Generelles Tempolimit.	ja
8.3.	Gemeinsames Verkehrskonzept für die Ober- und Unterstadt als Verkehrskonzept Altstadt.	ja
8.4.	Verkehrsverbot für LKWs außerhalb der festgelegten Lieferzeiten in der Altstadt.	ja
8.5.	Nachtfahrverbot für LKWs, PKWs, Motorräder und/oder Mofas in der Altstadt.	
8.6.	Reduzierung des Busverkehrs über den Marienplatz.	ja
8.7.	Verkehrsberuhigende Maßnahmen (z. B. durch Verbauungen und Verkehrszeichen) in Wohngebieten (bei Neu- bzw.	ja
	Überplanung von Wohngebieten ist das Ziel Wohngebiete als Abkürzungs- und Ausweichstrecken für den Schwerlast-	
	und PKW-Verkehr unattraktiv zu machen).	

Maßı	nahmenpaket 9: Kooperationen und Öffentlichkeit	
Beschreibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:		]
einers Auge Wicht	offentlichkeitsarbeit spielt für die Umsetzung eines Luftreinhalteplans eine wichtige Rolle. Dabei werden die Bürger seits über die fachlichen Hintergründe (Messwerte, Einhaltung der Grenzwerte) und die Notwendigkeit der jeweiligen ins gefassten Maßnahmen informiert sowie andererseits über ihre Handlungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten aufgeklärt. tig um die Ziele des Luftreinhalteplans zu erreichen, ist es geeignete Partner und Akteure zu finden und für die Mitarbeit winnen.	
Beisp	iele	in Umsetzung
9.1.	Jährlicher E-Mobilitätstag.	ja
9.2.	Finanzielle Förderung von vorbildlichen Vorhaben von Privathaushalten und Wirtschaft im Bereich Luftreinhaltung durch die Kommune.	
9.3.	Vorbildaktion "Ich gehe zu Fuß", "Ich fahre Rad" usw.	
9.4.	Präsentationen von Fahrzeugen mit innovativen Antrieben.	ja
9.5.	Fahrrad-Check-Aktion mit dem lokalen Gewerbe.	ja

Maßn	ahmenpaket 10: Sonstige Maßnahmen	
Beschreibung und Zielsetzung des Maßnahmenpakets:		
Einsat	z und Erprobung von innovativen neuen Technologien zu Reduktion von Luftschadstoffen.	]
Beispie	ele	in Umsetzung
10.1.	Einbau von Spezial-Pflastersteinen mit photokatalytischer Wirkung zur Senkung der NO2-Belastung in der Innenstadt (analog dem Modellversuch in Bottrop).	
10.2.	Homeoffice für Verwaltungsmitarbeiter könnte Wege vermeiden.	